

Geschäftsverteilung des Bundesverfassungsgerichts für das Geschäftsjahr 2011

A. Vorbemerkung

Die Zuständigkeit der Senate ergibt sich aus § 14 Absatz 1 bis 3 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht (BVerfGG) und dem Beschluss des Plenums des Bundesverfassungsgerichts nach § 14 Absatz 4 Satz 1 BVerfGG vom 15. November 1993 (BGBl. I S. 2492), der zuletzt durch Beschluss des Plenums vom 8. November 2010 (BGBl. I S. 1549) geändert worden ist.

B. Erster Senat

**Beschlüsse des Ersten Senats
vom 27. Oktober 2010 und 23. November 2010**

1. Geschäftsverteilung des Senats

I.

Die verfahrenseinleitenden Anträge werden

1. nach originären Sachgebieten und
2. in einem Umlaufverfahren

auf die einzelnen Richter verteilt.

II.

Zu I. 1.

- a) Die Sachgebiete für jeden Richter ergeben sich aus der anliegenden Gesamtübersicht; zu den Sachgebieten gehören auch die Verfahren, in denen Rügen aus Artikel 19 Absatz 4, Artikel 101 Absatz 1 und Artikel 103 Absatz 1 GG überwiegen. Ist ein Richter für ein bestimmtes Grundrecht zuständig und wird in einem Verfahren überwiegend die Verletzung dieses Grundrechts gerügt, so ist ihm das Verfahren zuzuteilen. Die Zuständigkeit umfasst auch die in dem jeweiligen Sachgebiet anhängigen Verfahren aus den Vorjahren.
- b) Liegen in der Person des Berichterstatters Gründe gemäß §§ 18, 19 BVerfGG vor, wird aus dessen Kammer das dienstälteste Mitglied zum Berichterstatter bestellt.
- c) Wird ein Verfahren aus dem Allgemeinen Register nachträglich in das Verfahrensregister umgeschrieben (§ 61 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Bundesverfassungsgerichts – GOBVerfG –), ist für die Zuteilung die Fassung der Gesamtübersicht im Zeitpunkt des Eingangs des Verfahrens beim Leiter der Geschäftsstelle maßgebend.

Gesamtübersicht über die originären Sachgebiete

**Vorsitzender des Senats
Vizepräsident Kirchhof**

- I. Sozialrecht, soweit nicht andere Dezernate zuständig sind.
- II. Kostenrecht, Amtshaftungs-, Prozesskosten- und Beratungshilfeverfahren, soweit Gebiete der originären Dezernatszuständigkeiten betroffen sind.

BVRin Hohmann-Dennhardt

- I. 1. Familienrecht,
2. Namensrecht,
3. Personenstandsrecht,
4. Transsexuellenrecht,
5. Kinder- und Jugendhilferecht,
6. Elterngeld, Erziehungsgeld (einschließlich der am 16. März 2010 anhängigen Verfahren),
7. Betreuungsrecht.
- II. Kostenrecht, Amtshaftungs-, Prozesskosten- und Beratungshilfeverfahren, soweit Gebiete der originären Dezernatszuständigkeiten betroffen sind.

BVR Bryde

- I. 1. Arbeitsrecht (einschließlich betrieblicher Altersversorgung),
2. Recht der Arbeitnehmerüberlassung,
3. Mutterschutzrecht, soweit es nicht zum Sozialrecht gehört,

4. Vereinigungsfreiheit – Artikel 9 GG –,

5. Hochschulrecht (einschließlich Promotions- und Habilitationsrecht, nicht jedoch sonstiges Hochschulausbildungs- und Hochschulprüfungsrecht),

6. Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre – Artikel 5 Absatz 3 GG –,

7. Bundeskindergeldgesetz,

8. Grundsicherung für Arbeitsuchende – SGB II (Eingänge ab 16. März 2010),

9. Sozialhilfe einschließlich Asylbewerberleistungsrecht (Eingänge ab 16. März 2010),

10. Recht der Ausbildungsförderung (Eingänge ab 16. März 2010).

- II. Kostenrecht, Amtshaftungs-, Prozesskosten- und Beratungshilfeverfahren, soweit Gebiete der originären Dezernatszuständigkeiten betroffen sind.

BVR Gaier

- I. 1. Recht der selbständig und vorwiegend persönlich ausgeübten Berufe, soweit es in den Verfahren (zumindest auch) um die Auslegung des Artikels 12 GG geht;
solche Berufe sind:
a) die klassischen freien Berufe (zum Beispiel Rechtsanwälte, Ärzte einschließlich der Vertragsärzte, Architekten, Notare),
b) andere selbständig, vorwiegend persönlich ausgeübte Berufe (zum Beispiel Makler, Hebammen, Landwirte, Handwerker),
2. Recht der berufsständischen Versorgungseinrichtungen (einschließlich der am 16. März 2010 anhängigen Verfahren),
3. Ausbildungs- und Prüfungsrecht (auch an Hochschulen, nicht jedoch im Rahmen des allgemeinen Schulrechts – vgl. Dezernat BVR Schluckebier),
4. wirtschaftsrechtliche Fragen im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung,
5. Wettbewerbsrecht (UWG, GWB) und Regulierungsrecht nach EnWG, soweit nicht die Zuständigkeit des Dezernats BVR Masing begründet ist, für Eingänge ab dem 1. April 2008,
6. Kaufrecht.
- II. Kostenrecht, Amtshaftungs-, Prozesskosten- und Beratungshilfeverfahren, soweit Gebiete der originären Dezernatszuständigkeiten betroffen sind.

BVR Eichberger

- I. 1. Öffentliches Umweltrecht,
2. Fachplanungsrecht,
3. Bau- und Bodenrecht einschließlich Erschließungsrecht (ohne Erschließungsbeitragsrecht),
4. Raumordnungsrecht,
5. Bergrecht,
6. sonstiges grundstücksbezogenes Eigentumsrecht (außer privatem Grundstücksrecht und soweit nicht das Dezernat BVR Schluckebier zuständig ist),
7. Regulierungsrecht (Telekommunikation, Post, Eisenbahnen),
8. Enteignungsrecht (soweit nicht das Dezernat BVR Schluckebier zuständig ist),
9. Steuerrecht mit Ausnahme der örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern.
- II. Kostenrecht, Amtshaftungs-, Prozesskosten- und Beratungshilfeverfahren, soweit Gebiete der originären Dezernatszuständigkeiten betroffen sind.

BVR Schluckebier

- I. 1. Recht der Glaubens- und Bekenntnisfreiheit – Artikel 4 Absatz 1 und 2 GG –,
2. Schulrecht (einschließlich des Privatschulrechts – Artikel 7 GG – und einschließlich des Prüfungs- und Versetzungsrechts im

Rahmen des Schulrechts, jedoch nicht Prüfungen für das Lehramt an Schulen),

3. Grundstücks- und unternehmensbezogene Vermögensfragen im Zusammenhang mit der Herstellung der Deutschen Einheit (insbesondere Vermögensgesetz, Investitionsvorranggesetz, Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz, Sachenrechtsänderungsgesetz, Schuldrechtsänderungsgesetz, Landwirtschaftsanpassungsgesetz),
 4. Gesellschaftsrecht, einschließlich Genossenschaftsrecht; Bank-, Börsen- und Wertpapierrecht; Recht der Finanzmarktstabilisierung einschließlich Enteignungen; Kreditrecht einschließlich des Rechts der Sicherungen; Recht des Versicherungswesens für alle Eingänge ab dem 25. April 2006.
- II. Kostenrecht, Amtshaftungs-, Prozesskosten- und Beratungshilfeverfahren, soweit Gebiete der originären Dezernatzuständigkeiten betroffen sind.

BVR Masing

- I. 1. Recht der freien Meinungsäußerung, Rundfunk- und Pressefreiheit – Artikel 5 Absatz 1 GG –,
 2. Versammlungsfreiheit / Demonstrationsrecht – Artikel 8 GG –,
 3. allgemeines Persönlichkeitsrecht – Artikel 2 Absatz 1 GG –,
 4. Recht des Datenschutzes,
 5. Wettbewerbsrecht (UWG; GWB), soweit die Rüge der Verletzung des Artikels 5 Absatz 1 GG von erheblicher Bedeutung ist,
 6. sonstiges Deliktsrecht, soweit nicht andere Dezernate zuständig sind.
- II. Kostenrecht, Amtshaftungs-, Prozesskosten- und Beratungshilfeverfahren, soweit Gebiete der originären Dezernatzuständigkeiten betroffen sind.

BVR Paulus

- I. 1. Recht des geistigen Eigentums,
 2. Erbrecht,
 3. Kunstfreiheit (einschließlich der am 16. März 2010 anhängigen Verfahren),
 4. Glücksspielrecht (einschließlich der am 16. März 2010 anhängigen Verfahren),
 5. Recht der nichtsteuerlichen Abgaben und Recht der örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern (einschließlich der am 16. März 2010 anhängigen Verfahren mit Ausnahme der bereits zugestellten Verfahren und der Verfahren, die die Gebühren zur Nutzung von Kindertagesstätten zum Gegenstand haben),
 6. Dienst- und Werkvertragsrecht, soweit nicht die Dezernate BVR Bryde oder BVR Gaier zuständig sind (Eingänge ab 16. März 2010),
 7. die gemäß II. zu I. 2. der Geschäftsordnung dem Dezernat BVR Masing zugeteilt und am 16. März 2010 anhängigen Verfahren.
- II. Kostenrecht, Amtshaftungs-, Prozesskosten- und Beratungshilfeverfahren, soweit Gebiete der originären Dezernatzuständigkeiten betroffen sind.

Zu I. 2.

Soweit sich Verfahren nicht nach originären Sachgebieten zuteilen lassen, werden sie in Fortsetzung des durch Beschluss des Senats vom 9. August 1995 eingeführten Umlaufverfahrens zugeteilt. Maßgebend für die Zuteilung sind danach folgende Grundsätze:

- a) Die Zuteilung der eingehenden Umlaufverfahren richtet sich jeweils nach den Zuteilungszahlen des letzten Stichtages in folgender Weise:
Zunächst erhält der Richter, der zum vorigen Stichtag insgesamt (nach I. 1. und I. 2.) die geringste Zahl von Verfahren zugeteilt erhalten hat, so viele Umlaufverfahren zugeteilt, bis der Unterschied zu dem Richter mit der nächsthöheren Zuteilungszahl ausgeglichen ist. Anschließend werden die weiteren Umlaufverfahren in der Reihenfolge des Eingangs abwechselnd auf diese beiden Richter verteilt, bis der Unterschied zu dem Richter mit der nächsthöheren Zuteilungszahl ausgeglichen ist. Die weiteren Verfahren werden sodann unter diesen drei Richtern abwechselnd in der Reihenfolge des Eingangs zugeteilt, bis der Unterschied zu dem Richter mit der nächsthöheren Zuteilungszahl ausgeglichen ist, und so weiter. Sind

alle Richter einbezogen, wird die Zuteilung im Umlauf auf einen neuen Stichtag bezogen; dieser ist der Letzte des Monats, für den beim Ausgleich die Statistik vorliegt. Liegt nach dem Ende des Ausgleichs noch keine neue Statistik vor, werden die Umlaufverfahren bis zum neuen Stichtag unter allen Richtern in der bisherigen Reihenfolge gleichmäßig verteilt. Bei gleichen Zuteilungszahlen beginnt die Zuteilung jeweils mit dem dienstjüngeren Richter.

- b) Von diesem Verfahren ist das Dezernat des Vizepräsidenten Kirchhof vollständig ausgenommen.
- c) Mit dem Geschäftsjahr 2011 beginnt das Zuteilungsverfahren nicht von neuem, sondern es wird das nach dem letzten Stichtag des Vorjahres laufende Zuteilungsverfahren gemäß den vorstehenden Grundsätzen fortgesetzt.
- d) Maßgebend für die Reihenfolge der Eintragung ist bei Umschreibungen aus dem Allgemeinen Register (§ 61 Absatz 2 GOBVerfG) der Eingang des Verfahrens beim Leiter der Geschäftsstelle; Entsprechendes gilt, wenn ein zunächst nach I. 1. zugeteiltes Verfahren nachträglich im Umlaufverfahren zugeteilt wird. Im Übrigen bestimmt sich die Reihenfolge der Eintragung nach dem durch den Eingangsstempel ausgewiesenen Zeitpunkt. Gehen mehrere Sachen gleichzeitig ein, so entscheidet die alphabetische Reihenfolge, bezogen auf den Namen des Beschwerdeführers oder den Ortsnamen des Sitzes der Institution oder des Gerichts, bei gleichem Sitz zweier oder mehrerer Institutionen die Bezeichnung der Institution. Gehen zu einem im Umlauf zugeteilten Verfahren gleichzeitig oder später weitere tatsächlich oder/und rechtlich gleich gelagerte Verfahren ein, so sind auch diese dem für das erste Eingangsverfahren zuständigen Richter außerhalb der maßgeblichen Zuteilungsfolge zuzuweisen, selbst wenn er im Zeitpunkt der Zuteilung vom Umlaufverfahren ausgenommen ist.
- e) Liegen in der Person des Berichterstatters Gründe gemäß §§ 18, 19 BVerfGG vor, wird aus dessen Kammer das dienstälteste Mitglied zum Berichterstatter bestellt.

2. Kammern des Senats

gemäß § 15a Absatz 1 und 2 BVerfGG

Für das Geschäftsjahr 2011 werden gemäß § 15a Absatz 1 und 2 BVerfGG drei Kammern in folgender Besetzung gebildet:

- | | |
|------------|---|
| 1. Kammer: | Vizepräsident Kirchhof
BVR Eichberger
BVR Masing |
| 2. Kammer: | BVRin Hohmann-Dennhardt
BVR Gaier
BVR Paulus |
| 3. Kammer: | Vizepräsident Kirchhof
BVR Bryde
BVR Schluckebier |

Bei Verhinderung ordentlicher Kammermitglieder treten:

1. für die Mitglieder der 1. Kammer die Mitglieder der 3. Kammer, sodann die Mitglieder der 2. Kammer,
2. für die Mitglieder der 2. Kammer die Mitglieder der 1. Kammer, sodann die Mitglieder der 3. Kammer,
3. für die Mitglieder der 3. Kammer die Mitglieder der 2. Kammer, sodann die Mitglieder der 1. Kammer,

jeweils mit dem zuletzt genannten Mitglied beginnend, als Stellvertreter ein.

Jede der drei Kammern ist für die Verfassungsbeschwerden und die Entscheidungen nach § 81a BVerfGG aus den Dezernaten ihrer ordentlichen Mitglieder zuständig. Hinsichtlich der Verfassungsbeschwerden und der Entscheidungen nach § 81a BVerfGG aus dem Dezernat von Vizepräsident Kirchhof ist jedoch nur die 3. Kammer zuständig.

3. Ausschuss gemäß § 14 Absatz 5 BVerfGG

Für das Geschäftsjahr 2011 werden in den Ausschuss gemäß § 14 Absatz 5 BVerfGG berufen:

BVR Gaier
BVR Eichberger
und als Stellvertreter
BVR Schluckebier
BVR Masing.

Die Vertreter sind in der Reihenfolge zuständig, in der sie vorstehend aufgeführt sind.

4. Voruntersuchung gemäß § 38 Absatz 2, § 47, § 54 Absatz 2 und § 58 Absatz 1 BVerfGG

Für die Durchführung der Voruntersuchung in den Fällen von § 38 Absatz 2, § 47, § 54 Absatz 2 und § 58 Absatz 1 BVerfGG sind für das Geschäftsjahr 2011 in der Reihenfolge der Verfahren folgende Richter zuständig:

BVR Gaier
BVR Eichberger
BVR Schluckebier
BVR Masing
BVR Paulus
N.N. (Nachfolge BVRin Hohmann-Dennhardt)
N.N. (Nachfolge BVR Bryde)

C. Zweiter Senat

Beschlüsse des Zweiten Senats vom 15. Dezember 2010

1. Geschäftsverteilung des Senats

I.

1. In Verfassungsbeschwerdeverfahren nach Artikel 93 Absatz 1 Nummer 4a und 4b GG (§ 13 Nummer 8a BVerfGG), in Verfahren der konkreten Normenkontrolle nach Artikel 100 Absatz 1 GG (§ 13 Nummer 11 BVerfGG) und in Verfahren über die Vereinbarkeit eines Beschlusses des Deutschen Bundestages zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses mit dem Grundgesetz auf Vorlage nach § 36 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes (§ 13 Nummer 11a BVerfGG) erfolgt die Bestellung des Berichterstatters in Zuordnung zu den aus Nummer I der Anlage ersichtlichen Rechtsgebieten.
2. In den Verfahren der abstrakten Normenkontrolle nach Artikel 93 Absatz 1 Nummer 2 GG (§ 13 Nummer 6 BVerfGG), der Vorlagen nach Artikel 100 Absatz 3 GG (§ 13 Nummer 13 BVerfGG) und der sonstigen Fälle nach Artikel 93 Absatz 3 GG (§ 13 Nummer 15 BVerfGG) orientiert sich die Bestellung des Berichterstatters an den aus Nummer I der Anlage ersichtlichen Rechtsgebieten und maßgeblich daran, welcher Richter angesichts der Geschäftslage das Verfahren gegenwärtig am wirksamsten fördern kann.

II.

In den übrigen Verfahrensarten erfolgt die Bestellung des Berichterstatters nach Maßgabe der aus Nummer II der Anlage ersichtlichen Verteilung.

III.

In Fällen der nicht nur kurzfristigen Dienstunfähigkeit oder der nachhaltigen Überlastung eines Richters kann abweichend von der unter den Nummern I und II geregelten Geschäftsverteilung ein anderer Richter zum Berichterstatter bestellt werden.

Anlage

Vorsitzender des Senats Präsident Voßkuhle

- I. 1. Recht des öffentlichen Dienstes, einschließlich Verfahrensrecht,
2. Personalvertretungsrecht,
3. Parlamentsrecht einschließlich der Vorlagen nach § 36 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes,
4. Petitionsrecht,
5. Gnadensachen,

6. materielles und formelles Strafvollstreckungsrecht (Anfangsbuchstaben A bis K): Verfahren, die bis 15. November 2010 zugestellt wurden.

- II. 1. Organstreitigkeiten nach Artikel 93 Absatz 1 Nummer 1 GG (§ 13 Nummer 5 BVerfGG), sofern sie überwiegend den Umfang der Rechte und Pflichten der Parlamente und ihrer Organe betreffen,
2. öffentlich-rechtliche Streitigkeiten innerhalb eines Landes nach Artikel 93 Absatz 1 Nummer 4 GG (§ 13 Nummer 8 BVerfGG), soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist,
3. öffentlich-rechtliche Streitigkeiten zwischen verschiedenen Ländern nach Artikel 93 Absatz 1 Nummer 4 GG (§ 13 Nummer 8 BVerfGG), soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist.

BVR Di Fabio

- I. 1. Verfahren aus sämtlichen Rechtsgebieten, bei denen die Auslegung und Anwendung von Europarecht von erheblicher Bedeutung sind,
2. Verfahren aus sämtlichen Rechtsgebieten, bei denen die Auslegung und Anwendung von Völkerrecht von erheblicher Bedeutung sind,
3. Auslieferungsrecht,
4. Klageerzwingungsverfahren,
5. Privat- und Nebenklage,
6. Staatskirchenrecht, einschließlich des Rechts der Dienstverhältnisse zu Religionsgesellschaften und des zugehörigen Disziplinarrechts,
7. Kommunalrecht, insbesondere Verfassungsbeschwerden gemäß § 91 BVerfGG, soweit bis zum 15. November 2010 als Berichterstatter zugeteilt,
8. allgemeines Zivilrecht (Endziffern 2, 3, 4).
- II. 1. Organstreitigkeiten nach Artikel 93 Absatz 1 Nummer 1 GG (§ 13 Nummer 5 BVerfGG), soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist,
2. Völkerrechtsqualifizierungsverfahren nach Artikel 100 Absatz 2 GG (§ 13 Nummer 12 BVerfGG).

BVR Mellingshoff

- I. 1. Abgaben- und Steuerrecht, einschließlich Verfahrensrecht,
2. Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsrecht,
3. Ordnungswidrigkeitenrecht,
4. Maßnahmen nach dem 1. Buch, 8. Abschnitt StPO in Straf- und Ordnungswidrigkeitsverfahren,
5. Wahlrecht, soweit bis zum 15. November 2010 als Berichterstatter zugeteilt.
- II. Wahlprüfungsbeschwerden nach Artikel 41 Absatz 2 GG (§ 13 Nummer 3 BVerfGG), soweit bis zum 15. November 2010 als Berichterstatter zugeteilt.

BVRin Lübke-Wolff

- I. 1. Maßnahmen im Vollzug von Untersuchungshaft,
2. Maßnahmen im Vollzug von Strafhafte,
3. Maßnahmen im Vollzug von Unterbringungen,
4. Maßnahmen im Vollzug von sonstigen Freiheitsentziehungen,
5. Finanzverfassungs- und Haushaltsrecht,
6. Staatsangehörigkeitsrecht,
7. Vertriebenenrecht,
8. Verfahren in der Zuständigkeit des Zweiten Senats, soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist,
9. allgemeines Zivilrecht (Endziffern 1, 5).
- II. 1. Normenkontrollverfahren nach Artikel 93 Absatz 1 Nummer 2a, Absatz 2 GG (§ 13 Nummer 6a, 6b BVerfGG),
2. Organstreitigkeiten nach Artikel 93 Absatz 1 Nummer 1 GG (§ 13 Nummer 5 BVerfGG) und öffentlich-rechtliche Streitigkeiten innerhalb eines Landes nach Artikel 93 Absatz 1 Nummer 4 GG (§ 13 Nummer 8 BVerfGG), sofern sie Finanzverfassungs- und Haushaltsrecht betreffen,
3. Bund/Länderstreitigkeiten nach Artikel 84 Absatz 4 Satz 2, Artikel 93 Absatz 1 Nummer 3 und 4 GG (§ 13 Nummer 7

und 8 BVerfGG), soweit sie Finanzverfassungs- und Haushaltsrecht betreffen,

4. Verfahren in der Zuständigkeit des Zweiten Senats, soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist.

BVR Gerhardt

- I. 1. Asylrecht,
2. Aufenthaltsrecht,
3. Parteienrecht,
4. Wahlrecht, soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist,
5. Berufs- und Ausbildungsrecht,
6. Mietrecht.
- II. 1. Verfahren zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit von Parteien nach Artikel 21 Absatz 2 GG (§ 13 Nummer 2 BVerfGG),
2. Organstreitigkeiten nach Artikel 93 Absatz 1 Nummer 1 GG (§ 13 Nummer 5 BVerfGG) und öffentlich-rechtliche Streitigkeiten innerhalb eines Landes nach Artikel 93 Absatz 1 Nummer 4 GG (§ 13 Nummer 8 BVerfGG), sofern sie den verfassungsrechtlichen Status politischer Parteien oder das Wahlrecht betreffen,
3. Wahlprüfungsbeschwerden nach Artikel 41 Absatz 2 GG (§ 13 Nummer 3 BVerfGG), soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist,
4. Anklagen gegen den Bundespräsidenten nach Artikel 61 GG (§ 13 Nummer 4 BVerfGG),
5. Richteranklagen nach Artikel 98 Absatz 2 und 5 GG (§ 13 Nummer 9 BVerfGG).

BVR Landau

- I. 1. Strafrecht,
2. Strafverfahrensrecht, soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist.
- II. Verfahren zur Feststellung des Fortgeltens von Recht als Bundesrecht nach Artikel 126 GG (§ 13 Nummer 14 BVerfGG).

BVR Huber

- I. 1. Materielles und formelles Strafvollstreckungsrecht, soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist,
2. freiwillige Gerichtsbarkeit, soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist,
3. Wohnungseigentumsrecht,
4. Wehr- und Ersatzdienstrecht, einschließlich Unterhaltssicherungsrecht,
5. Kommunalrecht, insbesondere Verfassungsbeschwerden gemäß § 91 BVerfGG, soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist,
6. Zentralregistersachen,
7. allgemeines Zivilrecht (Endziffern 0, 6, 7).
- II. Bund/Länderstreitigkeiten nach Artikel 84 Absatz 4 Satz 2, Artikel 93 Absatz 1 Nummer 3 und 4 GG (§ 13 Nummer 7 und 8 BVerfGG), soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist.

BVRin Hermanns

- I. 1. Zwangsvollstreckungsrecht,
2. Anordnung und Aufrechterhaltung von Untersuchungshaft einschließlich einstweilige Unterbringungen nach § 126a StPO,
3. Wiederaufnahme des Strafverfahrens (4. Buch StPO) einschließlich der Rehabilitierungs- und Kassationsverfahren,
4. aus dem Strafverfahrensrecht: Wiedereinsetzung,
5. Waffenrecht,
6. Insolvenzrecht,
7. allgemeines Zivilrecht (Endziffern 8, 9).
- II. Verfahren zur Feststellung der Verwirkung von Grundrechten nach Artikel 18 GG (§ 13 Nummer 1 BVerfGG).

2. Kammern des Senats

gemäß § 15a Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2
BVerfGG

Für das Geschäftsjahr 2011 werden gemäß § 15a Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 BVerfGG drei Kammern in folgender Besetzung gebildet:

1. Kammer: Präsident Voßkuhle
BVR Gerhardt
BVR Landau
2. Kammer: BVR Di Fabio
BVR Gerhardt
BVRin Hermanns
3. Kammer: BVR Mellinghoff
BVRin Lübke-Wolff
BVR Huber

Bei Verhinderung ordentlicher Kammermitglieder treten

- a) für die Mitglieder der 1. Kammer die Mitglieder der 2. Kammer, sodann die Mitglieder der 3. Kammer,
b) für die Mitglieder der 2. Kammer die Mitglieder der 3. Kammer, sodann die Mitglieder der 1. Kammer,
c) für die Mitglieder der 3. Kammer die Mitglieder der 1. Kammer, sodann die Mitglieder der 2. Kammer

in umgekehrter Reihenfolge der vorstehenden Besetzungsliste als Stellvertreter ein.

Die 1. Kammer ist für die Verfassungsbeschwerden und Vorlagen (§ 81a BVerfGG) aus dem Dezernat Präsident Voßkuhle für alle Rechtsgebiete, aus dem Dezernat BVR Gerhardt für das Rechtsgebiet des Mietrechts und aus dem Dezernat BVR Landau für alle Rechtsgebiete zuständig.

Die 2. Kammer ist für Verfassungsbeschwerden und Vorlagen (§ 81a BVerfGG) aus dem Dezernat BVR Di Fabio für alle Rechtsgebiete, aus dem Dezernat BVR Gerhardt für alle Rechtsgebiete mit Ausnahme des Mietrechts und aus dem Dezernat BVRin Hermanns für alle Rechtsgebiete zuständig.

Die 3. Kammer ist für Verfassungsbeschwerden und Vorlagen (§ 81a BVerfGG) aus den Dezernaten ihrer ordentlichen Mitglieder zuständig.

3. Ausschuss gemäß § 14 Absatz 5 BVerfGG

Für das Geschäftsjahr 2011 werden in den Ausschuss gemäß § 14 Absatz 5 BVerfGG berufen:

BVR Di Fabio
BVR Mellinghoff
und als Stellvertreter
BVRin Lübke-Wolff
BVR Gerhardt.

Die Vertreter sind in der Reihenfolge heranzuziehen, in der sie vorstehend aufgeführt sind.